

Friedrich Heinemann, Friedrich Lührs, Johannes Müller

Deutschland in der Standortdebatte – der Bundesländerindex Familienunternehmen

Der föderale Aufbau der Bundesrepublik weist den Ländern eine wichtige eigenständige Rolle in der Wirtschafts- und Standortpolitik zu. Der Bundesländerindex Familienunternehmen vergleicht die Standortbedingungen der Länder. Er will damit zur föderalen Transparenz beitragen und Lerneffekte begünstigen. Die zweite Berechnung des Länderindex nach der erstmaligen Berechnung vor drei Jahren zeigt bemerkenswerte Verschiebungen: Sachsen schiebt sich vor Bayern auf die Spitzenposition, Niedersachsen verbessert sich markant, während große westdeutsche Länder wie Baden-Württemberg und Hessen zurückfallen. Die Ergebnisse des Bundesländerindex deuten darauf hin, dass die deutsche Teilung im Standortranking nicht mehr systematisch erkennbar ist. Auf den hintersten Plätzen liegen westdeutsche Länder.

Die deutsche Wirtschaftspolitik muss sich einer ehrlichen Standortdebatte stellen. Die jahrelange Rezession und der Stellenabbau in wichtigen Industriesektoren signalisieren, dass die deutsche Volkswirtschaft nicht lediglich an den Folgen von Pandemie- und Energieschocks leidet, sondern strukturelle Probleme aufweist. Der Fokus der dadurch angestoßenen Standortdebatte liegt dabei bislang überwiegend auf internationalen Vergleichen, in denen die Bedingungen Deutschlands mit denen von europäischen und außereuropäischen Standorten verglichen werden. Zweifellos sind diese internationalen Vergleiche für die Entwicklung von Reformstrategien und Priorisierungen wichtig. Dennoch lohnt sich zusätzlich ein Blick nach innen. Im deutschen Föderalismus sind es die Länder mit ihren Kommunen, die in der Infrastruktur-, Bildungs-, Forschungs- und Sozialpolitik wichtige Rahmenbedingungen für Unternehmen und ihre Arbeitnehmer setzen. Sie stellen Universitäten, Schulen und die regionale Infrastruktur von den Gewerbeparks bis hin zur Kinderbetreuung bereit. Außerdem entscheiden sie mit ihren umfangreichen exekutiven Zuständigkeiten mit über die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten und die bürokratischen Lasten (von Genehmigungsverfahren über Aufsichts- und Berichtspflichten bis hin zur Steuerverwaltung).

Der Bundesländerindex Familienunternehmen informiert über diese Binnendimension der Standortdebatte und richtet den Blick auf die Heterogenität der Standortfak-

toren in Deutschland. Mit dieser Zielsetzung hat das ZEW im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen den „Bundesländerindex Familienunternehmen“ entwickelt, der die Standortqualitäten der Länder vergleicht, und nun die Neuberechnung nach der 2022 erfolgten Erstberechnung vorgelegt (Stiftung Familienunternehmen, 2022, 2026).

Ansatz und Methodik

Konzeptioneller Ausgangspunkt des Standortvergleichs ist die Identifikation von relevanten Standortdimensionen, bei denen mit Ländervariation zu rechnen ist. Dabei kommt ein dreistufiger Ansatz zur Anwendung. Auf der untersten Ebene werden Einzelvariablen zu Teilindikato-

Prof. Dr. Friedrich Heinemann leitet den Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg.

Friedrich Lührs ist Leiter Volkswirtschaftliche Analysen und Umfragen bei der Stiftung Familienunternehmen in München.

Dr. Johannes Müller ist stellvertretender Leiter Wissenschaft und Programme bei der Stiftung Familienunternehmen in München.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

ren zusammengefasst – beispielsweise gehen verschiedene Schulleistungstests in den Teilindikator „Schulbildung“ ein. Liegen Daten auf kommunaler Ebene vor (etwa Gewerbesteuerhebesätze), werden bevölkerungsgewichtete Landesdurchschnitte berechnet. Auf der mittleren Ebene wird eine Vielzahl solcher Teilindikatoren zu fünf Subindizes verdichtet: „Steuern“, „Arbeit & Humankapital“, „Finanzierung“, „Infrastruktur“ und „Institutionen“. Auf der höchsten Aggregationsstufe steht der Gesamtindex, der „Bundesländerindex Familienunternehmen“.

Der Subindex „Steuern“ berücksichtigt die Gewerbesteuerhebesätze, die Besteuerung von Immobilien durch Grund- und Grunderwerbsteuer sowie die Qualität der Finanzverwaltung, die durch verschiedenartige Indikatoren etwa zur Schnelligkeit von Prozessen und zur Kundenzufriedenheit quantifiziert werden kann. Der Subindex „Arbeit & Humankapital“ beleuchtet die Performance des Schulsystems, die Hochschulen, den Bildungsstand der erwerbsfähigen Bevölkerung, die Kinderbetreuung, demografische Indikatoren und Arbeitskosten. Der Subindex „Finanzierung“ berücksichtigt Indikatoren zum Zustand der öffentlichen Finanzen, die Verfügbarkeit von Mitteln der Wirtschaftsförderung und bezieht Insolvenz-Kennzahlen für private Haushalte und Unternehmen ein. Der Subindex „Infrastruktur“ deckt mit seinen Teilindikatoren zu den Gebieten Transportinfrastruktur, IKT-Infrastruktur, Elektrizitätsversorgung und der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur die zentralen Dimensionen der wirtschaftsnahen Infrastruktur ab. Für die Berechnungen des Subindex „Institutionen“ gehen Kennzahlen zur Leistungsfähigkeit der allgemeinen Verwaltung und Steuerverwaltung ein. Außerdem wird die Dichte kultureller Angebote berücksichtigt.

Alle Originalindikatoren werden jeweils auf eine Skala von 0 bis 100 linear transformiert, wobei 100 die beste und 0 die schlechteste beobachtbare Ausprägung darstellt. Ein Bundesland, das in allen Variablen Spitzenreiter ist, würde theoretisch 100 Punkte erzielen. Diese Skalierung relativ zum jeweils besten und schlechtesten Wert impliziert eine vergleichende Bewertung. Dies bedingt, dass eine Punktwertverschlechterung darauf zurückzuführen sein kann, dass sich ein Bundesland relativ zum Besten verschlechtert, ohne dass sich dabei die Performance in absoluter Weise verschlechtert haben muss. In die aktuelle Neuberechnung 2025 gehen in der Regel die Daten der Jahre 2023/2024 ein, in Ausnahmefällen, je nach Datenverfügbarkeit, aber auch ältere Daten. Die Erstberechnung von 2022 hatte sich in der Regel auf Daten der Jahre 2019/2020 gestützt.

Gewichtung und Interpretation

Eine Schlüsselfrage eines jeden Standortindex betrifft die Gewichtung und diese Frage lässt sich niemals mit objekti-

ver Präzision entscheiden. Der Bundesländerindex geht mit dieser Unschärfe folgendermaßen um. Er bietet *erstens* eine hohe Transparenz, indem der Gesamtbericht alle Einzelrankings offenlegt und damit auf allen Aggregationsstufen Stärken-Schwächen-Vergleiche erlaubt und dem Nutzer dadurch auch die eigenständige Berechnung abweichend gewichteter Aggregate ermöglicht. *Zweitens* wurde die verwendete Gewichtung möglichst objektiv durch eine große Unternehmensumfrage zu wichtigen Standortfaktoren fundiert. Diese Umfrage hat das ZEW Mannheim in Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim und dem SFB/Transregio 266 „Accounting for Transparency“ im Rahmen des „German Business Panel“ (GBP)¹ zwischen Juli und August 2021 durchgeführt, an der sich 828 Unternehmen beteiligt haben. Alle Umfragedetails einschließlich eines Vergleichs von Merkmalen zwischen realisierter Stichprobe und Gesamtpopulation des Unternehmensregisters werden im Projektbericht zusammen mit der sich daraus abgeleiteten Gewichtungsentscheidung dokumentiert (Stiftung Familienunternehmen, 2026, S. 87–95). Tabelle 1 gibt Auskunft über die verwendeten Gewichte zwischen und innerhalb der fünf Subindizes.

1 Weiterführende Informationen zum GBP sind im Überblicksartikel der ersten Befragungsrunde von Bischof et al. (2021) beschrieben.

Tabelle 1
Gewichtung der Subindizes und Teilindikatoren im Bundesländerindex

Themengebiet mit Teilindikatoren	Gewichtung
Steuern (0,10)	
Besteuerung Geschäftstätigkeit	0,50
Besteuerung Grundstücke	0,20
Qualität Finanzverwaltung	0,30
Arbeit und Humankapital (0,35)	
Demografie	0,15
Kinderbetreuung	0,10
Schulbildung	0,10
Hochschulbildung	0,10
Bildungsstand der erwerbsfähigen Bevölkerung	0,40
Arbeitskosten	0,15
Finanzierung (0,10)	
Öffentliche Verschuldung	0,33
Private Verschuldung	0,33
Transferverfügbarkeit	0,33
Infrastruktur (0,35)	
Transportinfrastruktur	0,25
IKT-Infrastruktur	0,40
Elektrizitätsversorgung	0,30
Forschungsnahe Infrastruktur	0,05
Institutionen (0,10)	
Effizienz der Verwaltung	0,45
Offenheit der Verwaltung	0,45
Kultur	0,10

Quelle: Stiftung Familienunternehmen (2026).

Tabelle 2
Gesamtranking Flächenländer 2025

Rang 2025	Bundesland	Punkte 2025	Rang 2022	Differenz zu 2022
1	Sachsen	58,50	2	1,42
2	Bayern	55,28	1	-2,82
3	Niedersachsen	49,76	10	4,59
4	Mecklenburg-Vorpommern	49,60	5	1,07
5	Baden-Württemberg	48,81	3	-4,83
6	Brandenburg	47,48	6	0,81
7	Hessen	46,32	4	-3,84
8	Thüringen	46,18	8	0,52
9	Nordrhein-Westfalen	44,90	7	-1,76
10	Sachsen-Anhalt	44,00	9	-1,27
11	Schleswig-Holstein	42,93	11	0,17
12	Saarland	41,69	12	0,64
13	Rheinland-Pfalz	36,69	13	-1,17

Quelle: Stiftung Familienunternehmen (2026).

Vor der Darstellung zentraler Ergebnisse dieses Standortvergleichs ist vor einem möglichen Missverständnis zu warnen. Längst nicht alle Schwächen in den Standortqualitäten liegen in der Verantwortung der Landes- und Kommunalpolitik oder könnten den aktuellen Amtsinhabern angelastet werden. So sind beispielsweise demografische Strukturmerkmale nur bedingt durch landespolitische Maßnahmen beeinflussbar und eher durch sehr langfristig wirksame Determinanten geprägt und zum Teil auch die Folge historischer Weichenstellungen (z. B. bestimmt durch die Teilung Deutschlands und den Wiedervereinigungsprozess). Sehr langfristige historische Pfadabhängigkeiten in der Entwicklung von Agglomerationen unter Einschluss der damit entstehenden Infrastruktur prägen das aktuelle Bild stark, sodass eine Reihe der Performance-Unterschiede außerhalb der Verantwortung heutiger Akteure steht. Gleichwohl prägen auch diese Merkmale die Attraktivität von Standorten und müssen in einen aussagefähigen Vergleich einbezogen werden. Umgekehrt wäre die Sichtweise ebenfalls überzogen, dass die aktuelle Landespolitik ohne Gestaltungsmöglichkeiten wäre und damit keinerlei Verantwortung für die Stärke oder Schwäche ihres Standortes tragen würde. Unabhängig von dieser Frage der Verantwortlichkeit kann der Standortvergleich helfen, Lernprozesse und die Suche nach Best Practices zu erleichtern.

Gesamtergebnis

Auf Basis der skizzierten Methodik ergibt sich für die Flächenländer das in Tabelle 2 dargestellte Gesamtbild auf

der obersten Aggregationsebene. An der Spitze des Flächenländer-Rankings steht 2025 Sachsen und verdrängt damit den bisherigen Spitzenreiter Bayern. Die Schlussgruppe besteht unverändert aus Schleswig-Holstein, Saarland und Rheinland-Pfalz.

Die Spannweite der erzielten Punktwerte (58,5 in Sachsen bis 36,7 in Rheinland-Pfalz) ist mit der Erstberechnung aus dem Jahr 2022 vergleichbar. Dies spricht nicht für ein stärkeres Auseinanderdriften der Bundesländer insgesamt. Gleichwohl zeigen sich innerhalb des Rankings einige Verschiebungen.

Der größte Gewinner ist Niedersachsen: Das Land verbessert sich um sieben Rangplätze (von Platz 10 auf Platz 3) und steigert seinen Gesamt-Punktwert um 4,6 Punkte – der höchste Zuwachs aller Bundesländer. Diese bemerkenswerte Verbesserung gründet auf Zugewinnen in mehreren Subindizes: Institutionen (+25,8 Punkte), Finanzierung (+13,0 Punkte) und Infrastruktur (+9,7 Punkte). Bei der Infrastruktur profitiert Niedersachsen von den niedrigsten Netzentgelten für Industrie- und Gewerbebetriebe sowie der höchsten Zuverlässigkeit des Stromnetzes aller Bundesländer. Auch das erstplatzierte Sachsen konnte seinen Gesamt-Punktwert um 1,4 Punkte steigern. Das Land überzeugt durch sehr gute Ergebnisse in den Subindizes Arbeit & Humankapital, Finanzierung und Infrastruktur. Bei Steuern und Institutionen schneidet Sachsen mittelmäßig ab. Der größte Verlierer ist Baden-Württemberg: Das Südland fällt von Platz 3 auf Platz 5 zurück und verliert mit 4,8 Punkten am meisten von allen Bundesländern. Besonders deutlich ist der Rückgang im Subindex Institutionen (-17,9 Punkte). Das Land zeigt außerdem Schwächen bei der Transportinfrastruktur und erzielt unterdurchschnittliche Werte bei der Elektrizitätsversorgung. Auch Bayern (-2,8 Punkte) und Hessen (-3,8 Punkte) verzeichnen spürbare Verluste. Auffällig ist das Muster: Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt konnten alle ostdeutschen Flächenländer zulegen, während insbesondere die wirtschaftsstarken westdeutschen Länder Punkte abgeben. Die wohlhabenden Südländer sind zwar weiterhin gut positioniert, verlieren aber an Boden.

Ein zentraler Befund der Studie ist, dass die vor 35 Jahren überwundene deutsche Teilung im Standortranking nicht mehr systematisch erkennbar ist. Ost- und westdeutsche Länder verteilen sich recht gleichmäßig über das Ranking. Diese Gesamtkonvergenz bedeutet jedoch nicht, dass alle Pfadabhängigkeiten verschwunden sind. Im Detail zeigen sich weiterhin Unterschiede. Die ostdeutschen Länder leiden unter einer besonders ungünstigen demografischen Perspektive: Während Bayern und Baden-Württemberg bis 2050 ein leichtes Bevölkerungswachstum erwarten können, schrumpfen die ostdeutschen Flächenländer teils

Tabelle 3
Gesamtranking Stadtstaaten 2025

Rang 2025	Stadtstaat	Punkte 2025	Rang 2022	Differenz zu 2022
1	Berlin	56,93	1	-1,28
2	Hamburg	54,12	2	-2,32
3	Bremen	48,01	3	0,29

Quelle: Stiftung Familienunternehmen (2026).

erheblich. Diese demografischen Nachteile können die ostdeutschen Länder jedoch durch andere Stärken kompensieren – insbesondere bei Kinderbetreuung.

Stadtstaaten

Die drei Stadtstaaten werden aufgrund ihrer strukturellen Besonderheiten separat bewertet (Tabelle 3). Als Agglomerationen mit wichtigen Funktionen für ihr Umland sind sie nicht direkt mit Flächenländern vergleichbar. Dennoch gibt es hier interessante Einsichten. Berlin (56,9 Punkte) und Hamburg (54,1 Punkte) erweisen sich als attraktive Standorte und würden im Flächenländer-Ranking vordere Plätze belegen. Beide profitieren von guten Werten bei „Arbeit & Humankapital“ sowie hervorragender Infrastruktur. Bei den Institutionen führt Hamburg deutlich.

Bremen (48,0 Punkte) liegt hingegen hinten. Bemerkenswert ist das stark gegensätzliche Profil: Bei der Infrastruktur erreicht Bremen mit 79,4 Punkten den höchsten Wert bedingt durch die dichte Transportinfrastruktur und niedrige Netzentgelte. Beim Subindex Finanzierung aber erzielt das Land nur 14,0 Punkte (mit Abstand der schlechtesten Wert), bei den Steuern 22,5 Punkte. Bei den Stadtstaaten gilt: Die Qualität der Standorte hat ihren Preis in Form höherer Steuerbelastungen. Bremen und Hamburg erheben die höchsten Gewerbesteuerhebesätze aller Länder. Berlin kann zumindest einen mittleren Wert bieten – möglicherweise auch bedingt durch den Steuerwettbewerb mit dem Nachbarland Brandenburg.

Stärken-Schwächen-Profile

Kaum ein Land schneidet in allen Dimensionen gleich gut oder schlecht ab. Tabelle 4 zeigt die Stärken-Schwächen-Profile, die im Ampelschema für die Subindikatoren eine vergleichsweise gute (grün), durchschnittliche (gelb) bis zur schlechten Performance (rot) darstellen. Dazu einige Beispiele: Bayern führt den Subindex Steuern an (76,9 Punkte) und erzielt gute Werte bei Finanzierung und Institutionen, zeigt aber Schwächen bei der Infrastruktur. Nordrhein-Westfalen illustriert ein sehr geteiltes Profil: Mit nur 12,0 Punkten ist das Land Schlusslicht bei den Steuern

Tabelle 4
Stärken-Schwächen-Profile der Bundesländer im Bundesländerindex 2025

Subindex	Steuern	Arbeit & Humankapital	Finanzierung	Infrastruktur	Institutionen	Gesamtindex
Panel (A): Flächenländer						
Sachsen	50,32	59,99	72,27	57,32	51,84	58,50
Bayern	76,94	50,86	64,39	49,91	58,79	55,28
Niedersachsen	46,81	39,37	43,58	57,32	68,75	49,76
Mecklenburg-Vorpommern	58,62	41,79	70,57	49,75	46,43	49,60
Baden-Württemberg	67,17	46,85	58,81	40,11	57,70	48,81
Brandenburg	73,57	45,61	66,59	42,11	27,62	47,48
Hessen	51,66	39,38	50,70	49,20	50,82	46,32
Thüringen	49,89	55,54	72,80	29,35	41,99	46,18
Nordrhein-Westfalen	11,98	35,27	40,00	53,62	85,87	44,90
Sachsen-Anhalt	59,82	44,96	56,75	42,36	17,87	44,00
Schleswig-Holstein	53,00	32,69	41,86	50,51	43,26	42,93
Saarland	32,52	33,45	35,15	51,14	53,11	41,69
Rheinland-Pfalz	63,42	35,65	51,90	29,51	23,50	36,69
Panel (B): Stadtstaaten						
Berlin	53,70	51,38	54,06	63,99	57,74	56,93
Hamburg	39,14	50,82	35,96	63,14	67,26	54,12
Bremen	22,48	36,64	14,02	79,37	37,54	48,01

Quelle: Stiftung Familienunternehmen (2026).

ern, aber der deutliche Spitzenreiter bei den Institutionen (85,9 Punkte). Die hohen kommunalen Steuerhebesätze werden hier durch eine gut digitalisierte Verwaltung zumindest teilweise kompensiert. Thüringen führt den Subindex Finanzierung an (72,8 Punkte), ist aber Schlusslicht bei der Infrastruktur (29,4 Punkte) (Tabelle 4).

Schlussfolgerungen und Ausblick

Neben den genannten gesamtdeutschen Befunden in Bezug auf die Überwindung der ökonomischen Teilung des Landes zeigt sich, dass auch Spitzenreiter nicht vor dem Abstieg gefeit sind. Die wirtschaftsstarken Südländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen geben Punkte ab. Insbesondere bei der Infrastruktur zeigen sich Schwächen, die durch die Herausforderungen der Energiewende in Bezug auf höhere Netzentgelte verstärkt werden. Deutlich wird auch, dass Länder Spielräume haben, ihre Attraktivität auch kurzfristig zu verbessern, wie es etwa Thüringen über seine Steuerpolitik und Effizienzfortschritte in der Finanzverwaltung gezeigt hat. Sorgen bereiten sollte die Schlussgruppe (Schleswig-Holstein, Saarland, Rheinland-Pfalz). Diese Länder verharren konstant am Ende des Rankings. Eine ergänzende Analyse zur Zukunftsorientierung der Länderhaushalte (Stiftung Familienunternehmen, 2026, S. 77–84) zeigt, dass leider gerade diese Länder auch unterdurchschnittliche Investitions- und Zukunftsquoten aufweisen. Diesen Ländern droht damit eine Verfestigung ihrer Standortnachteile.

Für die Zukunft wird auch von Bedeutung sein, wie die Länder die zusätzlichen Mittel aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ (100 Mrd. € für Länder und Kommunen) nutzen. Aufgrund des Verzichts auf die

Zusätzlichkeitsregel² dürfen die Länder mit den Mitteln des Sondervermögens nun auch ohnehin geplante Investitionen „umfinanzieren“ und die freiwerdenden Mittel zur Finanzierung der stark steigenden Sozialausgaben nutzen (Heinemann, 2025). Da es im Sondervermögen an Leitplanken fehlt, ist die Verantwortung der Landespolitik nun umso größer. Es liegt an den Akteuren in den Ländern, die Mittel des sogenannten Sondervermögens zu priorisieren und für wachstumsrelevante Zukunftsinvestitionen zu nutzen. Der Bundesländerindex ist dabei als Orientierungshilfe zu sehen, um Investitionsschwerpunkte zu identifizieren und die Standortqualität gezielt zu verbessern.

- 2 Die Zusätzlichkeitsregel ist ein Kontrollmechanismus im Haushalts- und Finanzrecht, der sicherstellen soll, dass sogenanntes Sondervermögen oder Extra-Mittel wirklich zusätzliche Investitionen finanzieren und nicht bestehende Ausgaben ersetzen oder „umetikettiert“ werden.

Literatur

- Bischof, J., Dörrenberg, P., Rostam-Afschar, D., Simons, D. & Voget, J. (2021). The German Business Panel: Insights on Corporate Taxation and Accounting during the COVID-19 Pandemic. *TRR 266 Accounting for Transparency Working Paper Series*, Nr. 46.
- Heinemann, F. (2025). Die Absicherung zusätzlicher und wachstumswirksamer Investitionen in den Errichtungsgesetzen zum Sondervermögen (Gutachten). *DSI Sonderinformation*, 8.
- Stiftung Familienunternehmen. (2022). *Bundesländerindex Familienunternehmen – Standortfaktoren innerhalb Deutschlands im Vergleich*. ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Stiftung Familienunternehmen. (2026). *Bundesländerindex Familienunternehmen – Standortfaktoren innerhalb Deutschlands im Vergleich* (2. Aufl.). ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

Title: *Germany in the business location debate – the Bundesländerindex Familienunternehmen*

Abstract: *The federal structure of the Federal Republic of Germany assigns the federal states an important independent role in economic and business location policy. The Bundesländerindex Familienunternehmen compares the business conditions across the federal states. Its aim is to contribute to federal transparency and encourage learning. The second calculation of the Bundesländerindex Familienunternehmen, following the first three years ago, reveals notable shifts: Saxony has overtaken Bavaria to take the top spot, Lower Saxony has improved significantly, whilst large western German states such as Baden-Württemberg and Hesse have fallen behind. The results of the Bundesländerindex Familienunternehmen suggest that the division of Germany is no longer systematically evident in the business location rankings. Western German states occupy the bottom positions.*